

Damit sind alle Mitglieder des Büros gewählt. Ich freue mich auf eine konstruktive und vor allem kollegiale Zusammenarbeit mit ihnen.

Wir hören jetzt noch einmal die Streichmusik Neff mit dem vielsagenden Titel "Bäre Schottisch".

Bäre Schottisch

*Streichmusik Neff, Appenzell Innerrhoden
Musique à cordes Neff, Appenzell Rhodes-Intérieures*

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Ganz herzlichen Dank der Familienkapelle Neff! (Beifall) Wir dürfen sie nachher auch beim Apéro weiter geniessen.

Im Namen unseres Rates darf ich meinem Kollegen, Nationalratspräsident Jürg Stahl, ganz herzlich zu seiner glänzenden Wahl gratulieren. Ich freue mich sehr auf eine ertreffliche Zusammenarbeit mit ihm. (Beifall)

16.055

Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Änderung

Aides financières à l'accueil extrafamilial pour enfants. Modification

Erstrat – Premier Conseil

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.16 (Erstrat – Premier Conseil)

*Antrag der Mehrheit
Nichteintreten*

*Proposition de la majorité
Ne pas entrer en matière*

Antrag der Minderheit

(Seydoux, Berberat, Bruderer Wyss, Fetz, Luginbühl, Savary)
Eintreten

Proposition de la minorité

(Seydoux, Berberat, Bruderer Wyss, Fetz, Luginbühl, Savary)
Enter en matière

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Wir führen eine gemeinsame Debatte über Eintreten auf die Vorlagen 1 und 2, werden aber separat darüber abstimmen.

Häberli-Koller Brigitte (C, TG), für die Kommission: Die WBK unterstützt und unterstreicht ausdrücklich die Wichtigkeit und Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erachtet die verschiedenen Massnahmen des Bundes, aber ebenso die der Kantone, der Städte und der Gemeinden und auch von sehr vielen Unternehmen und von Privaten als wertvoll, wichtig und richtig. Sie tut dies auch unter dem Gesichtspunkt der sogenannten Fachkräfte-Initiative.

Das aktuelle und gültige Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, dessen Geltungsdauer bereits zweimal verlängert wurde und welches als Anstossfinanzierung des Bundes nun seit 2003, also seit dreizehn Jahren, besteht, läuft im Januar 2019 aus und ist selbstverständlich bis zu diesem Zeitpunkt gültig. Dieses bestehende Gesetz bleibt also auf einer klaren Grundlage in den

komgenden Jahren weiterhin gültig und in Kraft. Auch dank dieser Finanzierungshilfe konnten in den letzten Jahren sehr viele wertvolle Betreuungsplätze geschaffen werden, was unsere Kommission begrüßt.

Beim heute vorliegenden Gesetzentwurf sind nun vor allem zusätzliche Finanzhilfen für neue Bereiche vorgesehen. Diese haben das Ziel, neben anderen Projekten vor allem die Einrichtungen rund um die Volksschule, also z. B. Tagesschulen oder Betreuungsmöglichkeiten vor und nach dem Schulbetrieb sowie während den Schulferien, zu finanzieren.

Die WBK hat die Vorlage vorberaten. Sie hat Anhörungen durchgeführt und auch von der Petition 14.2036 der Jugendession 2014, "Honorierung von Unternehmen, die eine Familienpolitik unterstützen", Kenntnis genommen und das Anliegen geprüft.

Eine Mehrheit, welche durch den Stichentscheid der Präsidentin zustande gekommen ist, beantragt Nichteintreten auf die Vorlage. Sie möchte das laufende Programm, das, wie bereits ausgeführt, bis im Januar 2019 weiter gültig ist, so belassen und dann die Erkenntnisse und allenfalls neue Unterstützungsgebiete konkret – vor allem auch mit den Kantonen – abklären. Dies möchte sie vor allem deshalb tun, weil eine nachhaltige und wirksame Finanzierung der neuen, zusätzlichen Betreuungsmöglichkeiten eine klare Zusicherung der Kantone bezüglich der Weiterführung der Finanzhilfen voraussetzt.

Die Minderheit der Kommission will auf die Vorlage eintreten und diese im Detail vorberaten.

Ich spreche für die Mehrheit und lege Ihnen kurz die Gründe für das Nichteintreten dar; der Antrag der Minderheit wird dann von den entsprechenden Kolleginnen und Kollegen begründet. Die Vorlage des Bundesrates setzt sich zusammen aus einerseits der zusätzlichen Gewährung von Finanzhilfen zur Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die Kinderbetreuung und andererseits der Unterstützung von Projekten für die bessere Abstimmung des familienergänzenden Betreuungsangebotes für Eltern. Zudem ist das vorgeschlagene Anreizsystem sehr degressiv ausgestaltet. Es sieht nämlich vor, dass die Kantone zu Beginn der Förderung 65 Prozent der Erhöhung erhalten, im dritten und letzten Jahr aber nur noch 10 Prozent. Damit ist zu befürchten, dass die Finanzhilfen innert kurzer und absehbarer Zeit enden und eine volle Lastenverlagerung auf die Kantone oder die Gemeinden erfolgen wird.

Der knappen Mehrheit unserer Kommission ist es wichtig, hier auf die sich heute in der Vernehmlassung befindende Vorlage des Bundesrates zur steuerlichen Entlastung der Eltern hinzuweisen. Der Bundesrat hat diese am 30. September dieses Jahres in die Vernehmlassung geschickt und erwartet die Antworten bis April 2017. Mit dieser Vorlage ist vorgesehen, dass die Eltern die Kosten für ausserfamiliäre Betreuung ihrer Kinder auf Bundesebene bis maximal 25 000 Franken pro Kind von den Steuern abziehen können. Bei den kantonalen Steuern sollen mindestens 10 000 Franken abzugsfähig sein. Mit diesem Vorschlag der steuerlichen Entlastung der Eltern hätten diese klare, zudem zuverlässige Verhältnisse sowie Planungs- und Rechtssicherheit.

Die knappe Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass die ergänzende Betreuung rund um die Volksschule durchaus sinnvoll ist, jedoch klar in der Kompetenz der Kantone und der Schulgemeinden liegt. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Motion 13.3363, "Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen", hinweisen. Aufgrund des Auftrages dieser Motion wird von der Konferenz der Kantonsregierungen zusammen mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement zurzeit eine Analyse erarbeitet, welche die Verbundaufgaben Bund-Kantone betrifft. Bei jeder Aufgabe soll geprüft werden, ob eine vollständige Überführung der Verantwortung bzw. Finanzierung in die Kantonshoheit unter Einchluss der Gemeinden zweckmäßig wäre, ob eine vollständige Überführung der Verantwortung bzw. Finanzierung in die Bundeshoheit zweckmäßig wäre oder aber ob eine Aufgabe weiterhin Verbundaufgabe bleiben soll, und zwar mit vertiefter Begründung. Außerdem sind die Finanzierungsschlüsse aufzuführen.

Die uns heute unterbreitete Vorlage sollte ebenfalls in die Prüfung aufgenommen werden. Sie betrifft aus der Sicht der Mehrheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur eine Aufgabe der Kantone und Gemeinden.

Die Finanzkommission unseres Rates hat in einem Mitbericht ebenfalls Stellung genommen und hat sich sehr kritisch zu dieser Vorlage geäussert. Mit 8 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen hat sie der WBK mitgeteilt, dass die Finanzhilfen des Bundes in der Höhe von 82,5 Millionen Franken nicht gutzuhissen sind. Sie hat sich lediglich für den zweiten Teil, die zusätzlichen Projekte, ausgesprochen.

Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen Nichteintreten auf die Vorlage, weil die familienergänzende Kinderbetreuung aus dem Anstossjahr 2003 wie gesagt bis im Januar 2019 weiterlaufen und vom Bund unterstützt wird. Dabei gehören die verlangten zusätzlichen Subventionen in den Kompetenzbereich der Kantone und Gemeinden, welche mit dieser Vorlage nur sehr kurzfristig und stark degressiv profitieren würden.

Seydoux-Christe Anne (C, JU): Tout d'abord, je félicite le président et les membres du Bureau pour leur brillante élection. Je me réjouis de cette année avec vous.

S'agissant du sujet qui nous occupe, pratiquement tout le monde s'accorde pour dire que la politique familiale est importante pour l'ensemble de notre pays et qu'il y a lieu d'améliorer la conciliation entre vie familiale et vie professionnelle ou formation. Néanmoins, il est plus difficile de passer de la parole aux actes et la décision de non-entrée en matière à une courte majorité de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture de notre conseil en est une nouvelle illustration.

Pourtant, le bilan du programme d'impulsion amorcé le 1er janvier 2003 par la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extrafamilial pour enfants est très positif. Jusqu'au 31 janvier 2016, les aides financières prévues ont soutenu la création de 50 601 places d'accueil, qu'il s'agisse de structures collectives de jour ou de structures d'accueil parascolaires. L'offre de places d'accueil a ainsi presque doublé. Mais cela reste insuffisant.

L'adoption, le 9 février 2014, de l'initiative populaire "contre l'immigration de masse" oblige à prendre des mesures pour combattre la pénurie de personnel qualifié. Il s'agit clairement d'un enjeu national. Or, les femmes sont évidemment très concernées par cette problématique. En effet, pour de nombreux couples avec enfants, acquérir un second revenu n'est pas avantageux sur le plan financier, le recours aux structures d'accueil extrafamilial coûtant cher, trop cher aux parents.

Par ailleurs, l'offre n'est souvent pas adaptée aux réalités professionnelles des parents, qu'ils aient des horaires atypiques ou qu'ils rencontrent des problèmes, notamment pendant les vacances scolaires. C'est sur ce point qu'intervient le projet relatif à la meilleure adéquation entre l'offre d'accueil extrafamilial et les besoins des parents, soit le projet 3B. De plus, en comparaison internationale, si les parents résidant en Suisse paient une charge très élevée, ce n'est pas tant en raison des coûts des offres d'accueil en eux-mêmes, mais parce que le niveau de la participation des pouvoirs publics est beaucoup plus important dans les pays qui nous entourent. C'est précisément sur ce point que le premier projet du Conseil fédéral relatif aux aides financières fédérales concernant l'augmentation des subventions cantonales et communales, soit le projet 3A, est intéressant.

Il s'agit d'un projet limité à cinq ans, avec des incitations très dégressives, cela a été dit, vu comme une aide au démarrage pour les cantons qui le souhaitent. En effet, ceux-ci ne sont pas obligés de demander le soutien de la Confédération s'ils ne désirent pas augmenter leurs subventions.

Ce projet est par ailleurs soutenu par 18 cantons, de même que par la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique et par la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales. Il est conforme à la deuxième phrase de l'article 116 alinéa 1 de la Constitution fédérale, qui attribue à la Confédération la compétence de fournir des prestations de soutien en faveur des familles. Ce

faisant, il n'empiète pas sur les compétences des cantons et des communes.

Certains collègues préfèrent le système de déductions fiscales, plus élevées, des frais de garde, comme le Conseil fédéral vient de le proposer. Pour ma part, il s'agit clairement de mesures complémentaires, qui profiteront par ailleurs essentiellement aux familles ayant des revenus moyens et élevés. Or, la politique familiale doit également inclure les familles à bas revenus.

Il vaut aussi la peine de mentionner que les structures d'accueil sont un élément important dans la décision du lieu d'implantation des entreprises en Suisse.

Je relève enfin que la Commission des finances de notre conseil, dont on connaît les compétences et la rigueur dans ce domaine, propose, par 8 voix sans opposition et 3 absences, certes, de renoncer à la partie du projet relative aux aides fédérales concernant l'augmentation des subventions cantonales et communales, mais de conserver la partie du projet relative à la meilleure adéquation entre l'offre d'accueil extrafamilial et les besoins des parents. La Commission des finances vous propose donc d'entrer en matière pour être à même de discuter de manière approfondie ces deux projets. Il s'agit de saisir ici l'occasion de les améliorer, si nécessaire. C'est pourquoi je vous prie également d'entrer en matière sur ces projets.

Eder Joachim (RL, ZG): Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Persönlich unterstütze ich die Absicht, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder – das zu nennen scheint mir auch wichtig – Ausbildung zu verbessern. Den vom Bundesrat gewählten Ansatz dieser Vorlage erachte ich jedoch aus grundsätzlichen Überlegungen als verfehlt. Es sind vor allem zwei Gründe, die mich zum Nichteintreten bewogen haben. Erstens liegen Kompetenz und Zuständigkeit in dieser Sache nicht beim Bund. Zweitens bevorzuge ich den Weg über einen Ausbau des sogenannten Drittbetreuungskostenabzugs und empfehle, diese Lösung weiterzuverfolgen.

Zum ersten Grund: Für die Familienpolitik sind gemäss geltender Bundesverfassung die Kantone und Gemeinden zuständig. Beide decken den gesellschaftspolitisch wichtigen Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung gut ab. Deshalb erübrigt sich ein weiteres Engagement des Bundes, dies vor allem auch, weil der Souverän mit seinem Nein vom 3. März 2013 zu einem neuen Verfassungartikel für die Familienpolitik die bewährte Rollenteilung zwischen Bund, Kantone und Gemeinden bekräftigt hat. In der Botschaft steht auf Seite 6424 unter Ziffer 5.5.1, "Subsidiaritätsprinzip", Folgendes: "Die Hauptzuständigkeit bei der familienergänzenden Kinderbetreuung liegt bei den Kantonen und Gemeinden, die über eine grösste Nähe zu den örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen verfügen als der Bund." Dieser wichtige und zentrale Satz sagt eigentlich alles. Der Bundesrat fügt – dies sei der Transparenz und Vollständigkeit halber noch erwähnt – in der Botschaft hinzu, dass der Bund gestützt auf Artikel 116 Absatz 1 der Bundesverfassung jedoch ebenfalls Massnahmen zum Schutz der Familie ergreifen könne.

Offensichtlich scheint dies die Legitimation für die vorliegende Botschaft gewesen zu sein. Für mich ist es allerdings überhaupt nicht zwingend, dem Parlament aufgrund dieses Verfassungartikels eine weitere Subventionsvorlage zu unterbreiten. Sie ist nicht nötig, weil ich den Kompetenzbereich der Kantone und Gemeinden nicht nur respektiere, sondern ihn eindeutig höher einschätze und werte. Es mutet zudem seltsam an, dass der Bund Stabilisierungs- und Sparprogramme lanciert und in Bereichen, in denen er abschliessend zuständig ist, schmerzhafte Kürzungen vornimmt, sich andererseits aber dort finanziell engagieren will, wo er gar nicht zuständig ist. Nichteintreten, Herr Bundesrat, ist also auch ein Signal, dass sich der Bundesrat und der Bund auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren haben. Nicht umsonst haben wir mit dem NFA, also der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, ein gesetzliches Instrument geschaffen, welches die Kompetenzen klar und auch abschliessend zuteilt.

Damit komme ich zum zweiten Grund, der für Nichteintreten spricht. Als Massnahme zur Steigerung der Arbeitsmarktpartizipation und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ausbildung unterstütze ich den Ausbau des sogenannten Drittbetreuungskostenabzugs, und zwar vorbehaltlos. Dabei sollen die Kosten für die Fremdbetreuung von Kindern zu einem substanziellem Teil vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Ich begrüsse deshalb, dass der Bundesrat kürzlich das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt hat, bis Ende April 2017 eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten, in der Folgendes vorgesehen ist: Eltern können die Kosten für die ausserfamiliäre Betreuung ihrer Kinder auf Bundesebene bis maximal 25 000 Franken pro Kind von den Steuern abziehen. Bei den kantonalen Steuern sollen mindestens 10 000 Franken abzugsfähig sein. Die Vorlage erfolgt im Rahmen der Fachkräfte-Initiative des Bundesrates. Der Weg, Erwerbsanreize für Eltern basierend auf Abzügen bei den Steuern zu schaffen, ist für mich zielführender. Das ist auch ökonomisch betrachtet die effizienteste Art, die Anreize für Eltern zu einer stärkeren Partizipation im Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Die vorgesehene Massnahme reduziert zudem negative Erwerbsanreize bei Familien, welche die Kosten für Drittbetreuung von Kindern als zu hoch oder eine Erhöhung des Zweitverdienerpensums als nicht lohnenswert empfinden. Sie gibt überdies, und das scheint mir ein ganz wichtiger Punkt zu sein, jenen Familien, die in Kantonen und Gemeinden wohnen, welche die familiengänzende Kinderbetreuung nicht oder zu wenig fördern und unterstützen, eine mehrjährige – ich wiederhole: eine mehrjährige – Planungssicherheit. Diese Planungssicherheit haben sie mit der Vorlage des Bundesrates nicht.

Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit unserer Kommission zu folgen, auf die vorliegende Subventionsvorlage nicht einzutreten und stattdessen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der vom Bundesrat angekündigten Vorlage zur steuerlichen Entlastung der Eltern auf Bundesebene zu verbessern. Dieser Weg ist nicht nur steuersystematisch solid, er ist auch gerecht. Eine solche Lösung kommt nämlich den Familien im ganzen Land zugute, und zwar egal, in welchem Kanton sie wohnen.

Im Gegensatz zur Minderheitssprecherin erachte ich dies nicht als komplementären Ansatz. Für mich gibt es in dieser Frage kein Sowohl-als-auch, sondern nur ein Entweder-oder.

Savary Géraldine (S, VD): Le projet du Conseil fédéral est relativement simple à comprendre. Il s'agit d'améliorer la conciliation entre la vie familiale et la vie professionnelle pour les familles du pays. Cela a été rappelé par mes deux préopinants; je suis persuadée de la sincérité de leurs propos dans lesquels ils disaient vouloir apporter des améliorations dans ce domaine.

Le projet a un autre objectif, qui est d'actualité, puisque nous traiterons de la mise en oeuvre de l'initiative "contre l'immigration de masse" lors de cette session: c'est de permettre à notre pays de profiter du potentiel de main-d'oeuvre que représentent les femmes, qui, parfois, ne peuvent pas travailler, ou travaillent à temps partiel, pour des raisons familiales. Ce projet répond donc à un besoin réel, tout en constituant une réponse à la volonté du peuple de lutter contre l'immigration de masse.

On sait qu'aujourd'hui environ 300 000 femmes sont dans une situation d'inemployabilité forcée, soit parce qu'elles exercent des temps partiels contraints, soit parce que, n'ayant pas de solution de garde, elles stoppent leur activité professionnelle au moment de la naissance d'un enfant.

Des efforts en la matière consentis par la Confédération ont porté leurs fruits. Les quelque 560 millions de francs qui ont déjà été engagés depuis 2003 ont permis de créer plus de 50 000 places d'accueil. Aujourd'hui, les demandes venant des cantons sont supérieures au montant que la Confédération met à disposition. Cette politique de soutien au démarrage est donc nécessaire. Elle a fait ses preuves; elle est utile et elle ne contrevient pas au fédéralisme.

Le projet que nous traitons va dans le même sens: pour un montant de 100 millions de francs sur 5 ans, il s'agit

de permettre d'atténuer la charge financière que constitue une place en crèche ou en garderie pour les familles. Cela a été dit, et c'est mentionné dans le message, une place peut coûter, selon les cantons, 2400 francs par mois. Vous pouvez imaginer le poids financier que cela représente pour les familles. Souvent, cela décourage les familles, qui ne s'engagent pas dans cette voie, et cela contraint souvent la mère à renoncer à son activité professionnelle.

Avec le projet du Conseil fédéral, l'aide aux cantons qui permettra d'atténuer ce poids financier sur les familles sera dégressive et limitée à trois ans.

La deuxième mesure très importante de ce projet concerne la contribution au financement de projets innovants, laquelle répond aux réalités du marché du travail. Les horaires irréguliers et le travail en continu sont le quotidien de toujours plus de politiciennes – nous savons à quel point nos horaires sont souvent irréguliers – mais également des infirmières, des vendeuses, des personnes actives dans l'hôtellerie et la restauration et des personnes soumises à des horaires continus. Bref, de plus en plus de salariées se trouvent confrontées à des horaires irréguliers. Aussi, l'économie demande de plus en plus de souplesse et les femmes, parfois, se retrouvent coincées parce que l'offre n'est pas suffisante.

Il est clair que, dans ce cadre, le projet du Conseil fédéral, qui prévoit un soutien aux projets innovants, est pleinement intégré dans l'initiative visant à combattre la pénurie de personnel qualifié, qui constitue une réponse fédérale à la question du potentiel de main-d'oeuvre indigène. Or, on ne peut pas considérer que la réponse à cette initiative doive être une réponse fédérale et, dans le même temps, estimer que la conciliation entre vie de famille et vie professionnelle est une tâche uniquement cantonale.

Ce projet est très important à mes yeux. Ce n'est pas la seule réponse aux différentes problématiques évoquées, puisque la défiscalisation du coût de la prise en charge des enfants pourrait également être une solution complémentaire, comme l'a dit Madame Seydoux. Je crois que nous devons toutefois travailler aussi pour la classe moyenne.

Je vous invite au moins à entrer en matière sur ce projet. Nous pourrons alors mener une discussion de fond, discuter de propositions et des montants financiers engagés, et même rejeter le projet au vote final s'il ne nous convient pas du tout. Les cantons, lors de la consultation, ont émis un certain nombre de critiques, mais seule une minorité de ces derniers considère qu'il convient de refuser l'entrée en matière. Or, refuser l'entrer en matière est un acte politique fort qui montre qu'on ne cherche pas à véritablement discuter de ces questions ni à proposer des solutions.

Nous étions quatre femmes – si je compte la présidente – à avoir pris part aux débats en commission. Nous savons à quel point il est parfois difficile de quitter ses enfants le matin lorsqu'il s'agit de les abandonner dans une crèche ou dans une garderie, mais nous savons aussi à quel point il est extrêmement précieux de disposer de structures solides et efficaces.

Je vous invite à entrer en matière sur ce projet.

Rechsteiner Paul (S, SG): Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit gehört zu den wichtigsten familienpolitischen Anliegen. Das sollte grundsätzlich unbestritten sein. Unbestritten ist grundsätzlich auch – es konnte bis heute nicht widerlegt werden –, dass das Bundesgesetz aus dem Jahre 2002 mit dem Impulsprogramm für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sehr wirksam war. Dieses Impulsprogramm hat in den Kantonen und Gemeinden viele neue Angebote ermöglicht, die es sonst nicht gegeben hätte. Es hat auch erlaubt, den Rückstand bei den schweizerischen Einrichtungen im europäischen Vergleich zu verringern, und das in einer sehr effizienten Art und Weise. Das Impulsprogramm ist auch nachhaltig, indem die dank dieses Programms möglich gewordenen Angebote auf der Stufe der Kantone und Gemeinden, wo sie eben etwas ausgelöst haben, auch weitergeführt worden sind.

Aber es braucht noch viel mehr. Die Schweiz ist in diesem Bereich im internationalen Vergleich im Rückstand, und die



Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht unwichtiger, sondern wichtiger geworden. Damit rechtfertigt sich auch diese Botschaft des Bundesrates, und damit wird es auch nötig, mit einem zweiten Programm nachzudoppeln – im Sinne der Erreichung des Ziels.

Die Botschaft weist es aus: Es ist eine Reihe von Evaluierungen durchgeführt worden, und sämtliche sind zu einem positiven Ergebnis gekommen. Die Vorschläge des Bundesrates auf der Grundlage dieser Evaluationen sind in der Vernehmlassung auf ein sehr gutes Echo gestossen. Eine grosse Mehrheit der Kantone – das sollte hier im Ständerat doch gehört werden – spricht sich für diese Botschaft, für die Weiterführung dieses Programms aus, auch mit den entsprechenden Finanzhilfen. Es bleibt natürlich am Schluss eine Aufgabe der Gemeinden, der Kantone, das Programm dann umzusetzen. Es ist ein Impulsprogramm – diese Botschaft will etwas auslösen –, und es wird von einer grossen Mehrheit der Gemeinden und Kantone ausdrücklich verlangt.

Kollege Eder hat zum einen darauf verwiesen – das war sein wichtigstes Argument –, dass es sich um eine ausschliessliche Kompetenz und auch um eine ausschliessliche Verpflichtung der Kantone und Gemeinden handelt. Aber so ist es eben nicht: Der Bund trägt Mitverantwortung für die Familienpolitik. Er trägt Mitverantwortung dafür, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert wird, und in diesem Sinne steht der Bund hier mit in der Verantwortung. Wenn die Kantone es ausdrücklich wünschen, dass der Bund in diesem Bereich mitwirkt und Impulse gibt, dann ist es sinnvoll, dass er das auch tut. Der Bund trägt hier eine Mitverantwortung, auch weil er die Erwerbstätigkeit der Eltern fördern will. Es ist im Wesentlichen die Frauenerwerbstätigkeit, die sich entwickelt. Wenn der Bund hier Zeichen setzen will, dann muss er eben auch B sagen, wenn es um die konkreten Programme geht.

Ich selber bin ja in meiner gewerkschaftlichen Funktion an der sogenannten Fachkräfte-Initiative beteiligt, an den Spitzentreffen dazu. Leider muss man sagen, dass diese Fachkräfte-Initiative, wenn man sie bis heute bilanziert, zwar sehr viele Studien, viele Erklärungen verursacht hat, aber an konkreten Beschlüssen, die dann auch Wirksamkeit erzeugt hätten, mangelt es bis heute. Das Konkreteste überhaupt, was diese Fachkräfte-Initiative bis heute zustande gebracht hat, ist genau dieser Gesetzentwurf mit dieser Botschaft des Bundesrates, über die heute zu beschliessen ist. Es steht für die Zukunft der Schweiz einiges auf dem Spiel, nämlich ob wir in der Lage und bereit sind, hier Wörter auch Taten folgen zu lassen. Wenn jetzt der Bundesrat als Konsequenz dieser Fachkräfte-Initiative genau dieses Programm vorschlägt – ein konkretes Programm, das eben auch konkrete Wirkung zeigt –, dann wäre es höchst widersprüchlich, hier den Wörtern nicht auch Taten folgen zu lassen und Nichteintreten zu beschliessen. Das erste Programm hat es gezeigt: Es sind dank dieses Impulsprogramms konkrete Massnahmen umgesetzt worden, und genau das ist auch das Ergebnis dieser neuen Botschaft, dass nämlich in den Kantonen und Gemeinden diesbezüglich etwas passiert.

Noch ein zweites Stichwort, zum Problem der Verpflichtung der Kantone und Gemeinden: Es ist klar, dass sie in der Pflicht sind. Das ist unbestritten. Aber wir können nicht übersehen, dass heute die Erwerbwelt nicht an den Kantons- und nicht an den Gemeindegrenzen hält. Es ist problematisch, wenn man jetzt hier nur auf die Kantone, nur auf die Gemeinden schaut. Wenn wir derartige Unterschiede haben, wie das heute der Fall ist, wenn es also von einem Zufall abhängt, ob in der eigenen Wohngemeinde am Schluss ein solches Angebot vorhanden ist oder nicht, dann ist das auch ein Hindernis bezogen auf das Ziel der Förderung der Erwerbstätigkeit von Eltern.

Es ist unsere Aufgabe, auch auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass diese Basisinfrastruktur von Betreuung in alle Richtungen ausgebaut wird. Wir haben hier einen grossen Nachholbedarf in der Schweiz. Diese Botschaft ist gemessen an diesem Ziel bescheiden konzipiert, aber die Massnahmen lösen in den Gemeinden und Kantonen konkrete Bemühungen aus, hier vorwärtszumachen.

Herr Kollege Eder hat eine Alternative formuliert. Er hat Steuerabzüge ins Spiel gebracht. Es ist klar, dass das Steuersystem die Erwerbstätigkeit der Eltern nicht behindern soll. Aber die Botschaft – das sieht man, wenn man sich die Zeit nimmt, sie zu lesen – sagt dazu auf den Seiten 638ff. das Richtige: Die Steuerabzüge bewirken im Vergleich zum Grundangebot im Sinne eines Service public relativ wenig. Es ist entscheidend, dass die Kosten für die Kinderbetreuung nicht prohibitiv hoch sind – das ist entscheidend dafür, dass die Eltern davon auch Gebrauch machen können. Die Steuerabzüge kommen erst in zweiter Linie ins Spiel. Klar sind sie bei hohen Einkommen wirksamer als bei mittleren und tiefen Einkommen. Aber entscheidend dafür, ob das Grundangebot genutzt werden kann oder nicht, sind die Kosten, auch bei höheren Einkommen.

Wir haben heute zum Teil prohibitiv hohe Kosten für die Kinderbetreuung, indem zu viel auf die Eltern abgewälzt wird. Auch hier muss man sagen: In der Konsequenz bedeutet das nichts anderes, als dass hier ein Grundangebot geschaffen werden muss. In den letzten Jahren ist einiges, ist vieles geschehen, auch dank dieses Gesetzes aus dem Jahre 2002. Wir müssen auf diesem Weg weiterfahren, und es braucht am Schluss zahlbare Betreuungsplätze, gerade auch wegen der heute anspruchsvoller gewordenen Aufgaben für die Eltern. Sie haben Schwierigkeiten bei der Planbarkeit der Arbeit, Schwierigkeiten – Frau Seydoux hat darauf hingewiesen –, beispielsweise die Schulferien überbrücken zu können, wenn sie gleichzeitig erwerbstätig sind. Es gibt hier vieles, was in Bewegung ist. Aber die Kosten sind ein Riesenproblem. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, auf die Vorlage einzutreten und dieser am Schluss dann – sie muss ja zunächst in der Kommission wieder vorberaten werden – auch zuzustimmen. Wir machen damit einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Den Worten hier müssen Taten folgen.

Berberat Didier (S, NE): A l'instar d'une partie de mes pré-opinants, je vous demande d'entrer en matière sur les projets afin de donner une chance à la commission de pouvoir se pencher sur le fond. Comme l'a dit Madame Savary, il est effectivement important que l'on puisse en discuter. Après, nous verrons ce que l'on peut trouver comme solution: entre 0 et 100 millions, il y a une marge de manœuvre que l'on peut utiliser.

Tout le monde est d'accord sur le fait qu'il faut pouvoir concilier la vie familiale et la vie professionnelle. C'est bien de le dire à l'occasion de discours; ce qui est encore mieux, c'est de le prouver par les faits, et vous en avez l'occasion en acceptant d'entrer en matière et de renvoyer à la commission l'examen des projets.

Ce que je souhaite rappeler, c'est que 18 cantons ont donné leur accord et que cela devrait être important pour notre conseil – la Chambre des cantons – de tenir compte de l'avis des cantons. Je sais que les personnes qui ne souhaitent pas entrer en matière estiment que la compétence dans ce domaine est cantonale. Personne ne conteste le fait que la compétence soit avant tout cantonale et communale, mais il est important d'adopter un programme d'impulsion qui permette de donner un coup de pouce et d'aider les cantons à faire le saut.

Il faut savoir aussi que le coût de l'accueil extrafamilial en Suisse, corrigé en fonction de la parité du pouvoir d'achat, est à peu près comparable à celui qui est enregistré dans les pays voisins que sont l'Allemagne, l'Autriche ou la France, mais que la différence importante et fondamentale entre les systèmes qui existent dans les pays voisins et celui de la Suisse, c'est qu'une grande partie des coûts en Suisse est supportée par les parents ou transférée aux parents.

Donc, si on souhaite vraiment faire en sorte que le deuxième membre du couple – généralement la femme, vu l'organisation actuelle de la famille – participe à la vie économique et travaille, il faut qu'elle y trouve un avantage. Or, il ne vaut pas la peine de travailler si le deuxième revenu ne sert en grande partie qu'à payer les frais de garde des enfants. Je vous rappelle également qu'à la suite de l'acceptation de l'initiative "contre l'immigration de masse", une des solutions était de permettre la réintégration sur le marché du travail

d'une partie des personnes qui en sont sorties – notamment les personnes qui habitent le pays – afin d'éviter, dans la logique des initiants, de devoir faire venir de la main-d'oeuvre de l'étranger. Si l'on souhaite vraiment aller dans le sens de cette solution, il faut aussi faire en sorte que les personnes qui n'ont pas de travail, notamment parce qu'elles doivent s'occuper des enfants, puissent faire garder leurs enfants dans les meilleures conditions possibles.

Monsieur Eder a parlé des mesures fiscales et Monsieur Paul Rechsteiner est revenu sur ce sujet. Comme cela a été dit par Madame Seydoux, je ne crois pas que ces mesures soient en contradiction avec ce crédit d'impulsion, qui me paraît extrêmement intéressant pour permettre aux cantons de faire le saut; elles peuvent en effet aussi être complémentaires à ce crédit.

Je ne suis pas opposé au fait d'en discuter et d'essayer de trouver une solution en la matière, avec des allégements fiscaux pour permettre notamment la garde d'enfants. Pourtant, je tiens à attirer votre attention sur le fait que si on trouve une solution avec des déductions fiscales, vu la progressivité de l'impôt, on favorisera notamment et surtout les familles les plus aisées du pays. En effet, comme l'impôt est progressif, si vous enlevez une certaine somme dans la déclaration d'impôt, vous faites baisser le taux d'imposition, ce qui est beaucoup plus avantageux pour les hauts revenus que pour les revenus moyens ou bas. Donc, à mon avis, une solution envisageable serait celle de la déduction sur le bordereau, c'est-à-dire qu'on taxe d'abord les contribuables et, seulement lorsque la taxation est faite, on enlève pour tout le monde la même somme. Cela me paraît être la solution la plus équitable du point de vue social et du point de vue fiscal. Je vous demande donc d'entrer en matière sur ce projet, et nous verrons ensuite ce que nous pourrons faire en commission. Ne pas donner de chance à ce projet, c'est à mon avis vraiment contre-productif, et je ne pense pas que la population comprendrait que l'on ne soit pas prêt à aider les familles dans notre pays.

Noser Ruedi (RL, ZH): Selbstverständlich ist es so, dass sich heute Familie und Beruf miteinander vertragen müssen. Aber korrekterweise müssen wir auch sagen, dass es heute Wahlfreiheit geben muss. Wenn beide Elternteile 100 Prozent arbeiten wollen, sollen sie das tun können. Wenn ein Elternteil zu Hause bleiben will, soll das eben auch gehen. Es soll auch gehen, dass sich die beiden Elternteile die Arbeit teilen. Schauen Sie die Zahlen zur Erwerbsbeteiligung von Eltern an, bei welchen Kinder im Haushalt leben – vergleichen Sie sie mit Haushalten von zwei Personen ohne Kinder! Sie stellen fest, dass bei Eltern mit Kindern die Erwerbsbeteiligung bereits sehr hoch ist. Es ist sowieso grundsätzlich eine Frage, wie viel man da noch steigern kann oder will, insbesondere, wenn man zur Freiwilligkeit steht – dies als kleine Vorbemerkung.

Beim Anhören der Befürworter bin ich mir nicht ganz sicher, ob sie hundertprozentig ehrlich sind. Sie haben Recht: Das Anschubförderungsprogramm war sehr erfolgreich. Es hat ganz viele Betreuungsplätze geschaffen. Wenn man es in den Kantonen betrachtet, stellt man jedoch fest, dass es eine sehr heterogene Landschaft ist. Es gibt Kantone, Städte, Ortschaften, in denen das Betreuungsangebot relativ gut ist. Es gibt andere Kantone, Städte, Gemeinden, in denen das Betreuungsangebot relativ schlecht ist. Es gibt Kantone, die gar keine Angebote machen, dafür aber die Abzüge für die Betreuung zu 100 Prozent zulassen. Das läuft nach ganz verschiedenen Konzepten ab.

Zu meinen, dass man mit einer weiteren Anschubfinanzierung, die eine sehr hohe Beteiligung der Kantone voraussetzt, dieses Ungleichgewicht korrigieren kann, ist ein Fehlschluss. Ich gehe fest davon aus, dass die Kantone und die Gemeinden, die sowieso Projekte haben, den Beitrag des Bundes natürlich dankbar abholen und vielleicht sogar noch etwas mehr tun. Die Kantone oder Gemeinden, die heute nichts tun bzw. noch nichts getan haben, werden vermutlich auch weiterhin nichts tun, weil der Anteil dessen, was sie übernehmen müssten, sehr hoch ist. Herr Rechsteiner, es wird weiterhin bedeutend sein, wo man per Zufall wohnt.

Bei den Befürwortern stellt sich die Grundsatzfrage: Wenn man die Ziele erreichen will, ist es dann wirklich sinnvoll, ein Anschubprogramm weiterlaufen zu lassen, das nun fast zwanzig Jahre alt ist? Bräuchte es nicht andere Massnahmen?

Wenn Sie den Bundesbeschluss lesen, sehen Sie, dass es dort heißt, dass es einerseits um die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder geht. Ich habe gesagt, das sei eine sehr heterogene Sache: An vielen Orten gibt es eigentlich ein genügendes Angebot, und es gibt Orte, da ist es absolute Mangelware. Andererseits sollen die kommunalen Subventionen davon abhängig gemacht werden, dass die Drittbetreuungskosten für Eltern reduziert werden.

Ich glaube, Herr Bundesrat Berset, das werden Sie gar nicht schaffen, weil Sie zunächst einmal sagen müssten: Drittbetreuungskosten für wen? Für die, die heute sehr hoch mit Kosten belastet sind, oder für die, die heute schon sehr stark subventioniert sind? Da gibt es nämlich grosse Unterschiede. Frau Savary hat gesagt, es geht um zwischen 2000 und 3000 Franken im Monat bis zu fast null Franken bei subventionierten Plätzen. Welche wollen Sie subventionieren, die oben oder die unten? Wenn man auf die Vorlage eintritt, müsste man das noch deutlich besprechen.

Sie haben uns in der Kommission klar gesagt, dass der Hauptgrund, warum gewisse Personen eher ein System mit geringer Erwerbstätigkeit wählen, vermutlich die hohen und nicht die tiefen Kosten für die Kinderbetreuung sind. Dann müsste man eigentlich ein Programm machen, mit dem die hohen Betreuungskosten gesenkt würden. Aber ehrlicherweise muss gesagt werden – wie Herr Eder dies ja gemacht hat –, dass dieses Programm bereits vom Bund kommt, nämlich mit den Steuerabzügen. Es betrifft vermutlich auch jene Personen, die von den Steuerabzügen profitieren würden. Also ist die Disparität, die wir in den Kosten haben, sehr, sehr hoch.

Ich möchte Sie auch als Vater noch darauf aufmerksam machen, dass die Betreuung nur ein Teil der ganzen Hausaufgabe ist. Sie haben heute ein Schulsystem und eine Schulinfrastruktur, die eigentlich darauf aufbauen, dass jemand zu Hause ist. So ist das System, das ganze Konzept, heute aufgebaut. Wenn Sie die Schulinfrastruktur verändern wollen, sprechen Sie von Aufgaben, die Jahrzehnte beanspruchen werden, weil Sie dann vielleicht nicht mehr Quartierschulhäuser, sondern etwas anderes brauchen.

Der langen Rede kurzer Sinn: Ich halte es mit Kurt Tucholsky, der sagte, dass das Gegenteil von "gut" eben "gut gemeint" ist. Diese Vorlage ist eine gutgemeinte Vorlage; sie wird das Ziel nicht erreichen.

Es gibt noch zwei Punkte, die wichtig sind, um zu erklären, warum man auf die Vorlage nicht eintraten sollte. Der eine ist – das hat Herr Eder erwähnt –, dass es ja den Finanzausgleich gibt. Es gibt ganz viele Finanzinstrumente, die wir in den letzten zwanzig Jahren aufgebaut haben, die eigentlich dazu führen dürften, dass man den Beschlussentwurf wegfallen lassen kann. Aber ich möchte noch auf etwas anderes, auf einen zweiten Punkt, aufmerksam machen: Wir haben in der letzten Session hier auf Antrag unserer Kommission die BFI-Ausgaben praktisch um 400 Millionen Franken erhöht. Doch haben wir Budgetprobleme, wir müssen die Schuldenbremse einhalten können; wir werden in dieser Session noch viel darüber sprechen. Ist es denn jetzt angesagt, den Kantonen und den Gemeinden die Finanzierung neuer Aufgaben zu versprechen, obschon wir alle wissen, dass wir einen Teil dessen, was wir versprochen haben, wieder zurücknehmen müssen? Wäre es nicht sinnvoller, bezüglich dessen, was wir versprochen haben – zum Beispiel in der BFI-Vorlage, in der Berufsbildung, in ganz vielen Dingen, die für die Erwerbstätigkeit beider Geschlechter auch ganz wichtig sind –, Wort zu halten und dafür nicht ohne Not die Finanzierung neuer Aufgaben zu versprechen?

Ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen: Wenn man verantwortungsvolle Politik machen will, ist es vermutlich korrekt, dass man das, was man schon versprochen hat, jetzt auch einhält. Ich möchte der Finanzkommission da ein Kompliment machen: Sie hat sich an die Beschlüsse vom Herbst gehalten.



Jetzt sollte auch die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur wirklich mit Demut auftreten. Nachdem der Rat in der letzten Session die 400 Millionen Franken mehr bewilligt hat – wofür ich mich nochmals bei allen Ratskollegen bedanken möchte –, bin ich der Ansicht, dass wir gut daran tun, jetzt auf die 100 Millionen zu verzichten, die wir ja gar nicht sehr nötig bräuchten. Warten wir auf die Vorlage des Bundesrates für die Steuerabzüge. Wenn diese da ist und Wirkung zeigt, können wir wieder schauen, was zu tun ist.

Darum bitte ich Sie, auf diese Vorlage hier nicht einzutreten.

Français Olivier (RL, VD): Je viens d'un canton qui a une longue histoire en la matière, et dont on a pu reconnaître la qualité du projet dans sa construction au fil du temps. Cette construction s'est faite en partenariat avec les milieux de l'économie, avec les familles, et avec les pouvoirs publics. Elle s'est faite sur la base d'un partenariat fort en fonds publics entre les communes et le canton. Je rappelle que si le besoin en places d'accueil est clairement reconnu par les milieux économiques et les familles, le besoin pour l'économie est aussi de garantir un financement durable, tant pour les PME que pour les grandes entreprises, ce qu'on oublie. Les grandes entreprises, bien souvent – et nous avons de nombreuses multinationales dans notre canton –, peuvent très facilement mettre en oeuvre ce type de politique. Et quand elles demandent de pouvoir faire durer l'objet, elles demandent l'appui des fonds publics tout simplement par égalité de traitement. Par contre, les PME ont beaucoup plus de peine à mettre cela en oeuvre, et c'est là que le service public apporte sa plus-value puisqu'il peut permettre de trouver une solution au niveau régional, entre les communes. Bref, ce travail de proximité est essentiel.

Ici, que nous propose ce projet? Il propose de distribuer 100 millions de francs d'une manière qui est tout sauf durable, et c'est cela qui ne me permet pas de soutenir l'entrée en matière. Ce qui est sûr, c'est qu'on va donner un coup de main pendant une année et, trois ans plus tard, ces entreprises, ces PME et ces communes se trouveront sans ressources financières. Elles auront bénéficié d'un certain coup de pouce, mais celui-ci aura été tout sauf durable. On évoque ici et là dans nos débats la notion de durabilité, or, c'est ici tout le contraire de la durabilité: cela revient, pour la fonction publique, à gaspiller beaucoup d'énergie, c'est notamment le cas de fonctionnaires fédéraux qui devront demander de multiples documents aux communes et aux cantons, le tout pour un effort d'une seule année.

On construit une maison si on a des bases solides, or on n'a pas de bases solides dans ce cas. Pour reprendre l'image de la maison, je souhaite soumettre à Monsieur le conseiller fédéral Berset une réflexion: s'il y avait un appui à offrir aux communes, aux cantons, aux PME et aux grandes entreprises, ce serait l'aide à la pierre. Il n'y a rien de plus complexe que de monter une structure d'aide extrafamiliale. Et bien souvent, pour qu'une telle entité se mette simplement en place, le vrai coup de pouce consiste en une aide à la pierre. Ici, il n'y a rien de tout cela. Bien au contraire, on distribue de l'argent. J'ai cru comprendre – du moins de ce que j'ai entendu de la part de tous les intervenants – que les fameux 14 millions de francs à distribuer pour les projets novateurs iraient à des entités qui sont déjà connues.

C'est parce que l'on travaille le matin, qu'on travaille le soir et qu'il s'agit d'aider la famille pour garantir tout simplement l'accueil de l'enfant pendant ces phases irrégulières de temps de travail, voire pendant la nuit. Tout cela, on peut le mettre en place dans des structures existantes. En tout cas, selon moi, il n'y a rien de nouveau.

Entrer en matière, cela voudrait dire accepter un projet d'architecture éphémère, tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral. Pour moi, cette architecture est tout sauf une maison bien bâtie, bien au contraire.

C'est pour cela que je vous propose de ne pas entrer en matière.

Germann Hannes (V, SH): Das Programm läuft seit 2003, das Gesetz stammt aus dem Jahre 2002, es läuft bis 2019, und Sie haben immer noch die Courage, hier von einem

Impuls-, von einem Anschubprogramm zu sprechen! Den klassischen Anschlieber kenne ich aus der Sportwelt, vom Bobfahren: Er schiebt, solange es flach ist und harzig vorangeht. Sobald das Gefälle kommt, nimmt das Gefährt Tempo auf. Hier kommt es mir so vor, als hänge der Schieber von St. Moritz unten in Celerina immer noch am Schlitten und versuche immer noch anzuschieben. Es bringt einfach nichts mehr. Ich muss Ihnen sagen: Wenn wir das, was Sie mit den zusätzlichen 100 Millionen Franken erreichen wollen, in sechzehn Jahren nicht erreicht haben, dann werden auch diese 100 Millionen Franken Mittel sein, die uns wehtun, die wir an dernorts einsparen müssen, weil wir mit der Schuldenbremse im Moment etwas auf Konfrontationskurs sind.

Es ist aber auch eine Zwängerei. Warum? Die familiengänzende Kinderbetreuung liegt eigentlich in der Hoheit der Kantone und Gemeinden. Es gibt keinen verfassungsmässigen Auftrag, auf Bundesebene tätig zu werden. Trotzdem haben wir es gemacht. Gut gemeint – aber irgendwann ist "gut gemeint" halt das Gegenteil von "gut gemacht"; Herr Noser hat es richtigerweise angesprochen. Hier sind wir eindeutig an diesem Punkt angelangt. Da wird eben das Impulsprogramm dann zur Zwängerei, ja sozusagen zum Umerziehungsprogramm des Bundes, der in die Hoheit von Kantonen und Gemeinden eingreifen möchte und ihnen vorschreiben will, wie das allerglückseligste Ziel zu erreichen sei. Das ist nicht Sache des Bundes, sondern der Kantone und Gemeinden, und die Wirtschaft wird sich schon gar nicht mehr engagieren, wenn der Bund mit Mitteln lockt und sie sich nicht mehr anstrengen muss.

Also bitte, haben wir doch den Mut zu sagen: Es ist genug angeschoben, der Schlitten muss jetzt selber laufen.

Héche Claude (S, JU): Dans ce dossier, il y a lieu préalablement de se poser quelques questions de fond. Connaissez-vous quelqu'une pleine d'idées et de projets qui a renoncé à un poste intéressant, car trop difficile à organiser avec des enfants en bas âge? Connaissez-vous des femmes souhaitant travailler, mais qui renoncent, car les frais de garde sont dissuasifs? Connaissez-vous des mamans qui prennent le risque de se couper du monde du travail, en ne pratiquant plus pendant plusieurs années pour s'occuper de leurs enfants? A ces trois questions, je réponds trois fois oui.

Je suis convaincu qu'au quotidien, vous en êtes conscients, la question de la garde des enfants est un casse-tête, qui influence grandement la trajectoire de vie d'une famille et de ses membres. Bien sûr, il y a, et cela a été rappelé à maintes reprises, des structures d'accueil et de garde entre 7 heures et 18 heures, du lundi au vendredi. Mais pour tout le reste, les petits à-côtés, les séances qui se rallongent, les horaires flexibles ou de nuit, les maladies d'enfant, c'est le système D. En réalité, il existe certaines crèches qui ferment à 17 heures 30 et, c'est incroyable mais vrai, il existe des boulot ou des trajets qui rendent difficile la présence d'un parent à 17 heures 30, eh oui!

Face à ces défis, à ces obligations, à ces situations auxquels on ne donne pas véritablement toutes les réponses, comment peut-on refuser d'entrer en matière? Notre mission, par ailleurs inscrite dans la Constitution, consiste notamment à faciliter la conciliation entre vie familiale et vie professionnelle, à encourager le partage des tâches et l'équité entre hommes et femmes. Un refus d'entrer en matière dans ce dossier est d'autant plus difficile à comprendre que le monde économique profite à plus d'un titre de l'accueil extrafamilial. De même, les responsables d'Economiesuisse et de l'Union patronale suisse ont présenté dernièrement un projet intitulé "Avenir du marché suisse du travail", dans lequel ils visent à accroître le taux d'activité des femmes, des jeunes et des plus de 50 ans. Si cette démarche peut être saluée, il faut bien se rendre compte que nous partons de loin. Une étude démontre que le plafond de verre est bien plus épais en Suisse que dans les pays du Sud de l'Europe, et on ne parle même pas des pays scandinaves. Selon certaines études, cela a aussi été dit tout à l'heure, le coût de la prise en charge d'un enfant dans notre pays est le double du coût moyen dans les pays de l'OCDE.

Comme les salaires féminins sont toujours bien inférieurs à ceux des hommes, ce sont encore les femmes qui sont amenées à réduire leur temps de travail, à faire appel aux grands-parents des enfants, à mettre en place des solutions bricolées, ou simplement à cesser leur activité pour limiter les frais de garde.

Chaque famille fait le maximum pour s'organiser, mais tout le monde n'a pas ses parents ou ses grands-parents à proximité. Bien sûr, il y a d'autres pistes à explorer – et les déductions fiscales en font partie –, mais la présente solution a l'avantage de bénéficier à tous et pas seulement à certaines catégories de revenus. Elle a en outre le mérite de promouvoir des solutions innovantes et adaptées alors que l'on sait que les personnes disposant de faibles revenus sont souvent celles qui doivent jongler avec des horaires particuliers, qui rendent les structures de garde peu adaptées à leurs besoins.

Pour ces quelques raisons, je vous invite à entrer en matière sur ce projet.

Wicki Hans (RL, NW): Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Thema, das in unserer Gesellschaft oft und regelmässig diskutiert wird. Grundsätzlich unterstütze ich sämtliche Bestrebungen, welche die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Ziel haben. Ich bin auch sehr froh, dass uns in diesem Bereich bereits einiges gelungen ist. Allerdings stellt sich meines Erachtens die grundlegende Frage, inwieweit die Weiterführung der familienergänzenden Kinderbetreuung eine Aufgabe des Bundes sein soll.

Ein Grundgedanke dieses Bundesgesetzes lag darin, als Start-up-Finanzhilfe zu dienen. Entsprechend war es zunächst auf acht Jahre befristet worden; es läuft nun bis zum 31. Januar 2019. Inzwischen dürfen wir feststellen, dass ein entsprechend gutes System etabliert werden konnte, das auch Wirkung erzielt hat. Bereits 61 Prozent der Paarhaushalte in der Schweiz mit kleinen Kindern sind von diesem Impulsprogramm erfasst worden. Daneben gibt es natürlich auch noch Paare, die das Ein-Ernährer-Modell wählen. Ihr Anteil beträgt heute etwa 26 Prozent. Vermutlich wird sich dieser Anteil auch nicht mehr dramatisch reduzieren, sei es aus Gründen der finanziellen Unabhängigkeit, sei es, weil eine innerfamiliäre Betreuungsaufgabe die Erwerbstätigkeit beider Elternteile verunmöglicht. Wir dürfen also mit Recht davon ausgehen, dass das Impulsprogramm aus dem Jahr 2003 sehr erfolgreich umgesetzt worden ist und wir heute bereits 87 Prozent aller Paarhaushalte mit kleinen Kindern abgeholt haben.

Ich denke, Sie alle kennen das Pareto-Optimum; da frage ich mich, ob sich ein enormer finanzieller Aufwand noch rechtfertigt, um das restliche Potenzial von 13 Prozent noch abzuholen. Die gesteckten Ziele, die dieses Impulsprogramm beinhaltet, sind meines Erachtens jetzt erreicht, denn die Erziehung und Betreuung von Kindern stellt in erster Linie keine Staatsaufgabe dar, sondern ist und bleibt eine Aufgabe der Familie. Sie liegt, wenn schon, in der Zuständigkeit der Kantone und der Gemeinden.

Selbstverständlich kann aber der Staat unterstützend eingreifen, wie er es mit dem Bundesgesetz auch getan hat. Gemäss dem Subsidiaritätsprinzip hat der Bund allerdings seine Aufgabe erfüllt – entsprechend ist es nun Sache von Kantonen, Gemeinden, Privaten und Unternehmen, dieses System weiterzuführen und es gemäss den anfallenden Bedürfnissen weiterzuentwickeln.

Ich bitte Sie und empfehle Ihnen, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Lombardi Filippo (C, TI): Begrüssen wir gleich zu Beginn dieser Eintretensdebatte das Ziel, das der Bundesrat mit seiner Vorlage anstrebt: Unser Land erhält endlich eine echte Strategie zur Förderung und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung. Dieses Ziel, von der Politik immer wieder unterstrichen, ist von grösster Bedeutung für unser Land. Denn es sichert dessen Zukunft. Begehen wir heute einen Fehler und beschliessen wir, nicht auf die Vorlage einzutreten, so verzichten wir ganz klar auf

die mittelfristig vorgesehenen gesetzgeberischen und finanziellen Mittel. Das wird die demografische Entwicklung unseres Landes zu spüren bekommen.

Diese Vorlage geht in die richtige Richtung. Ich lade Sie deshalb ein, sich entgegen dem Antrag der beiden Kommissionen für Eintreten auszusprechen. Kantone und Gemeinden haben in den letzten Jahren die Angebote in der familienergänzenden Kinderbetreuung und im schulergänzenden Bereich merklich ausgebaut. Dies ist insbesondere dem Impulsprogramm des Bundes zu verdanken. Die Gesetzesvorlage für eine zusätzliche Unterstützung durch den Bund geht noch einen Schritt weiter. Sie strebt eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sowie eine Minde rung des negativen Anreizes an, der mit den Betreuungskosten einhergeht. Zudem entspricht die Vorlage dem Föderalismus. Die Kantone arbeiten bei der Erstellung der Umsetzungsvorgaben Hand in Hand mit dem Bund, und die meisten sagen uns auch deutlich, dass sie diese Mitwirkung wollen. Le projet de loi fédérale prévoit que les soutiens financiers soient octroyés à condition qu'une base légale soit mise en place et que les cantons soient responsables de sa mise en oeuvre. Mais pourquoi la Confédération doit-elle donc légiférer en la matière?

Weil der Familienpolitik, mit dem Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine hohe strategische Bedeutung auf Bundesebene zukommt! Unser Land kümmert sich ausgiebig um die Renten, aber nur wenig um die Familienpolitik. Die Wirtschaft klagt über den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Sie braucht die qualifizierte, einheimische, weibliche Bevölkerung. Das verlangt auch das Volk, wenn es für eine Beschränkung der Einwanderung stimmt. Auf allen Seiten erklärt man sich bereit, diesem Anliegen entgegenzukommen, aber sobald eine konkrete Vorlage auf dem Tisch ist, will man nichts mehr tun – ein wenig Kohärenz wäre hier wirklich angebracht.

In der Schweiz ist eine Unterstützung der Familien dringend notwendig, insbesondere auch im Hinblick auf die Krankenkassenprämien, die das Familienbudget massiv belasten. Die Zukunft der pensionierten Bevölkerung ist wichtig, aber ebenso wichtig ist die Zukunft der Familien und somit derjenigen, die unsere Gesellschaft und Wirtschaft erneuern. Dafür wollen wir uns ab sofort einsetzen.

Le canton du Tessin est souvent cité comme modèle en la matière, grâce au monde économique qui contribue fortement, par un prélèvement sur la masse salariale, au financement des allocations pour les enfants. Toutefois, cela est encore insuffisant.

Im Tessin wie auch in der ganzen Schweiz müssen die Eltern einen deutlich höheren Anteil der Betreuungskosten als im Ausland übernehmen, weil die Beteiligung der öffentlichen Hand geringer ist. Die hohen Kosten können Eltern dazu veranlassen, auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten. Handlungsbedarf in diesem Bereich ist also vorhanden.

La Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) a également soulevé la question du montant des contributions parentales aux frais de garde des enfants. Elle a traité cette question maintes fois. Je cite, à titre d'exemple, la prise de position de 2014. Dans une lettre adressée à l'Office fédéral des affaires sociales, conjointement avec la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique, dans le cadre du Programme national de prévention et de lutte contre la pauvreté, la CDAS relève que les tarifs de l'accueil extrafamilial "devraient être calculés de manière à ce qu'ils ne dissuadent pas les parents d'exercer une activité lucrative et que ce choix reste pour eux avantageux". C'est bien ce que le projet que nous discutons aujourd'hui vise à faire en collaboration avec les cantons.

Die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bedarf also der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Auch dieser Aspekt ist in der bundesrätlichen Vorlage enthalten, die wir heute behandeln. Vorgesehen sind Massnahmen und Anreize für Unternehmen, damit sie Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie umsetzen und neu entwerfen. Aus all diesen Gründen ersuche ich Sie, auf beide Vorlagen einzutreten.

Bruderer Wyss Pascale (S, AG): Ich möchte vorab Herrn Lombardi ganz herzlich für sein Votum danken. Ich bin wirklich der Meinung, dass er substanzial aufgezeigt hat, worum es geht: Es geht nämlich um Kohärenz in unserer Politik und in unseren Forderungen. Er hat auch zwei wichtige Begründungen entkräftet, die von jenen Mitgliedern des Rates eingebracht worden sind, die sich für Nichteintreten einsetzen, nämlich die Vorlage gehe zu weit oder sie sei ein Eingriff in den Föderalismus. Da kann ich einfach nur daran erinnern, dass eine grosse Mehrheit der Kantone diese Vorlage nicht nur unterstützt, sondern explizit begrüßt, dass die Vorlage mit viel Sorgfalt vorbereitet worden ist und dass sie Rücksicht nimmt auf die föderale Aufgabenteilung und auch auf diesen Flickenteppich, der erwähnt wurde, nämlich die regional unterschiedliche Ausgangslage.

Der Vorlage liegt eine Problemanalyse zugrunde. Resultat daraus sind sehr gezielte Massnahmen, die wir mit dieser Vorlage beschliessen oder zumindest diskutieren könnten. Ich glaube, Nichteintreten ist schon deshalb der falsche Weg, weil wir so nicht einmal die Vorlage genauer anschauen und Sie allenfalls mitteilen könnten, wo Sie weniger weit gehen würden oder einen anderen Weg wählen würden. Die Kommissionssprecherin hat gesagt, man würde als Alternative dann in den nächsten Jahren mit den Kantonen diskutieren, welche Wege es gibt. Die Kantone sind hier grossmehrheitlich einverstanden. Sie haben diese Vorlage unterstützt. Ich denke, es wäre richtig, darauf einzutreten.

Auch in Bezug auf die Steuern, die explizit als die Lösung genannt wurden, die gerecht wäre, muss man schon einen gewissen Vorbehalt machen. Wir haben natürlich aufgrund der Progression bei steuerlichen Massnahmen immer das Problem, dass unterschiedlich davon profitiert wird. Ich selber bin auch der Meinung, dass man steuerlich keine zusätzlichen Hindernisse aufstellen darf. Die Steuern aber als eigentlichen Kern des Problems zu bezeichnen und beim Thema Vereinbarkeit ins Zentrum zu stellen entspricht nicht der Lebensrealität, wie ich sie als arbeitstätige Mutter selber erlebe, wie ich sie im Umfeld beobachte und wie ich sie in vielen Zuschriften geschildert erhalte. Sie erhalten bestimmt auch solche Zuschriften, ich aber aufgrund meiner Situation wahrscheinlich noch mehr. Diese zeigen mir etwas ganz anderes, nämlich dass das Problem darin besteht, dass wir noch nicht überall eine genügende Verfügbarkeit von Angeboten haben. Das gilt speziell auch für bestimmte Situationen, etwa bei unregelmässigen Arbeitszeiten – und auch darauf geht ja die Vorlage ein –, für die wir eben nicht genügend Angebote haben.

Ein anderes Problem ist, dass das Zweiteinkommen sich oft schlichtweg nicht lohnt, weil die Mehreinnahmen für die Betreuungsausgaben gebraucht werden. Das sind Teile der Problemanalyse, welche dieser Vorlage zugrunde liegen, und ich finde es eigentlich nichts als angebracht, dass wir uns auf diese Diskussion auch vertieft einlassen und die Vorlage behandeln.

Es ist mir vorhin etwas passiert, was mir sehr selten passiert. Ich entschuldige mich auch, das so offen zu sagen. Mir ist es so vorgekommen, dass wir an der Lebensrealität vieler Eltern – ich rede von Eltern, arbeitstätigen Müttern und Vätern – vorbereiten. Ich sage das auch als Einwohnerin eines Kantons, in dem wir in vielen Regionen schlicht noch nicht diese Wahlfreiheit bezüglich Kinderbetreuung haben. Wenn Herr Noser sagt, es sei eine private Entscheidung, wie man mit der Wahlfreiheit umgehe, dann sage ich Ja dazu. Aber es ist keine private Angelegenheit, sondern eine öffentliche, gesellschaftliche Angelegenheit, für diese Wahlfreiheit zu sorgen, sie zu ermöglichen. Wir haben sie noch nicht überall. Das ist der Grund, warum ich hier das Gefühl habe, wir seien zu weit weggerückt von der Lebensrealität vieler Eltern, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als konkretes Problem erleben.

Jetzt kommt noch dazu – das ist meine letzte Bemerkung –, dass wir diese Vorlage tatsächlich in einer Zeit diskutieren, in der sie auch aus übergeordneter Sicht nichts als Sinn macht. Unter dem Stichwort "Fachkräfte-Initiative" wird auch immer wieder ins Feld geführt, dass wir den Anteil der Frauen in der Arbeitswelt erhöhen möchten, dass wir das Inlandspotenzial stärker fördern möchten und dass dabei die Vereinbarkeit von

Familie und Beruf ein zentrales Thema ist. Dann zeigen wir jetzt hier, dass es uns ernst damit ist.

Treten wir zumindest – zumindest! – auf die Diskussion und auf diese Vorlage ein.

Maury Pasquier Liliane (S, GE): Beaucoup de choses ont déjà été dites sur les avantages de ce projet, de la part de celles et ceux qui souhaitent entrer en matière, et sur ses inconvénients, de la part de celles et ceux qui ne souhaitent pas entrer en matière. Je veux juste faire écho à une remarque entendue tout à l'heure, qui visait à dire que le programme d'impulsion n'en serait plus un, puisqu'il est de fait en place depuis longtemps, en raison du renouvellement de programmes pluriannuels.

Il y a là sans doute un malentendu ou une incompréhension, puisque ce n'est pas parce qu'un programme est en place depuis longtemps qu'il ne serait plus un programme d'impulsion. En effet, ce projet est un programme d'impulsion par excellence, dans la mesure où il permet, année après année, de créer de nouvelles places d'accueil extrafamilial, chaque fois pour d'autres institutions, chaque fois pour d'autres projets. Dans ce sens, il remplit tout à fait sa tâche de programme d'impulsion, même s'il y a des impulsions depuis plusieurs années.

Il faut croire que les besoins sont toujours présents, puisque tous les enfants que les parents souhaiteraient placer en accueil extrafamilial n'ont pas trouvé de place à l'heure actuelle dans notre pays. Dans ce sens, il me paraît tout à fait évident que c'est un programme qui porte bien son nom.

Il convient de le prolonger, pour toutes les raisons qui ont déjà été développées dans ce débat.

Berset Alain, conseiller fédéral: Etant le premier membre du Conseil fédéral à avoir le plaisir et l'honneur d'être parmi vous aujourd'hui, je tiens, en son nom, à vous féliciter, Monsieur Bischofberger, pour votre brillante élection à la présidence du Conseil des Etats et vous souhaite une très bonne année à la tête de ce dernier.

J'en viens à la question des aides financières concernant l'accueil extrafamilial pour enfants. Il convient tout d'abord de résiter un peu le contexte de cette question. Il existe un constat qui est, je crois incontesté: le manque de personnel qualifié s'accroît. Nous savons que le manque de personnel qualifié sera un problème pour notre développement économique. A ce sujet, j'ai eu l'occasion d'échanger des réflexions avec des spécialistes des milieux économiques. Or, ces derniers s'attendent, parallèlement au départ à la retraite des personnes issues de la génération du baby-boom, à un manque de personnel dans notre pays que l'on peut estimer à environ un demi-million de personnes en 2025. C'est énorme, surtout lorsque l'on sait que notre marché du travail compte un peu plus de 4 millions d'emplois. C'est donc un enjeu d'importance nationale.

Le deuxième point à mentionner dans ce contexte, c'est tout le débat, qui dure depuis trois ans, au sujet de la mise en œuvre de l'initiative populaire "contre l'immigration de masse". Cela fait trois ans que, dans tous les débats – et je crois que c'est également incontesté –, on insiste sur la nécessité de mieux mettre à contribution et à profit le potentiel dont dispose le pays. C'est un élément de contexte général extrêmement important puisqu'il est à l'origine de la volonté du Conseil fédéral de combattre la pénurie de personnel qualifié.

Toujours à propos du contexte, un autre élément rappelé dans votre débat concerne la question de la politique de soutien aux familles et la capacité, dans notre pays, à pouvoir concilier aussi bien que possible une activité professionnelle et une vie familiale. Cette question se pose d'autant plus alors que nous connaissons une période, où, nous le savons, de plus en plus de familles n'ont pas le choix puisque les deux parents doivent travailler pour pouvoir subvenir aux besoins financiers de la famille. Nous pensons que c'est une évolution qu'il faut aussi prendre en compte dans ce débat.

Il a beaucoup été question du programme d'impulsion annoncé en 2003. Ce qui est intéressant avec ce programme, c'est qu'il a donné des résultats très probants dans le pays.

Nous estimons qu'il a pu contribuer à la création de plus de 50 000 places d'accueil pour les enfants. Madame Seydoux a fait mention de plus de 51 000 places, on en est aujourd'hui à plus de 53 000.

C'est un projet qui a fonctionné de manière très décentralisée. Il n'incombait pas à la Confédération d'ordonner ce qui devait se passer ici ou là, mais il incombait aux cantons et aux communes de définir leurs besoins – Monsieur Français en a parlé également. Ensuite, il est possible, puisque c'est un enjeu national, puisque c'est important pour l'économie de l'ensemble de notre pays et pour la société de l'ensemble de notre pays, d'obtenir un soutien de la part de la Confédération à la création de ces places d'accueil.

Ce programme a bien fonctionné; il fonctionne de manière durable depuis 2003. Il a été prolongé à plusieurs reprises par le Parlement, qui a souhaité, il y a deux ans encore, le prolonger jusqu'en 2019. Il a une certaine durabilité dans son développement et son fonctionnement, mais les soutiens, eux, se font pour une courte durée; ce sont des impulsions. Cela a très bien fonctionné, cela a permis de soutenir le démarrage des activités, puis de laisser les acteurs compétents – les cantons et les communes – développer effectivement ces places d'accueil.

Aujourd'hui, le Conseil fédéral a pu identifier ce qui posait problème dans l'amélioration réelle de la conciliation entre vie professionnelle et vie familiale. Il faut être clair, ces difficultés concernent moins qu'auparavant le nombre de places d'accueil et la disponibilité de places d'accueil, qui sont diverses – qu'il s'agisse de places en crèche, de mamans de jour, de systèmes très différents les uns des autres en fonction des cantons. Nous estimons que des efforts importants ont été faits, que cela a eu des effets; on sait comment cela marche.

Ce qui paraît poser problème aujourd'hui, ce sont les choses suivantes. La première est le coût des places d'accueil. Elles sont, dans notre pays, beaucoup plus chères, non pas en francs mais en pour cent du revenu disponible des familles, qu'elles ne le sont dans tous les pays qui nous entourent. On estime que, dans les grandes villes, pour financer une place d'accueil trois jours et demi par semaine, il faut compter jusqu'à 20 pour cent du revenu disponible. Vous reconnaîtrez que cela a un effet "désincitatif" sur le fait de travailler, on l'a toujours dit.

Cela a un effet "désincitatif": si les places d'accueil sont trop chères, on va y renoncer, parce que l'amélioration du revenu disponible par la participation du deuxième parent au marché du travail n'en vaut pas la peine. On ne peut pas reprocher aux personnes de notre pays qui soulèvent cette question de faire un raisonnement économique! Il est logique qu'elles fassent un raisonnement économique, et qu'elles ne se disent pas seulement qu'il faut travailler même en ne gagnant rien de plus, pour le pays, parce qu'il y a un manque de personnel compétent sur le marché du travail. C'est aussi une motivation, mais vous reconnaîtrez avec moi qu'elle n'est probablement pas suffisante, et que la motivation économique doit donc aussi être prise en compte dans ce débat.

Les cantons ont reconnu ce besoin d'agir. Ils sont intervenus, comme nous le rappelait Monsieur Lombardi, pour demander aujourd'hui la baisse de ces coûts afin de faciliter l'accès au marché du travail, ainsi que pour donner la possibilité aux familles de s'engager elles-mêmes sur le marché du travail pour réduire le risque de pauvreté ou la pauvreté dans notre pays. Les cantons ont donc demandé que nous les soutenions. Nous l'avons fait, tout en faisant en sorte que cela ne touche en rien à la répartition des compétences entre cantons et Confédération. Pouvons-nous dicter aux cantons ce qu'ils doivent faire? Non, et le Conseil fédéral ne le souhaite pas. Pouvons-nous, là où les cantons ont décidé d'agir, soutenir financièrement les efforts des cantons? Oui, et cela, je dois vous le dire, dans un esprit fédéraliste bien compris. Le fédéralisme, c'est la répartition des compétences – vous l'avez dit à plusieurs reprises –, mais c'est aussi le soutien mutuel dans le respect de cette répartition des compétences. Le fédéralisme, ce n'est certainement pas l'érection d'une muraille de Chine entre les niveaux de l'Etat, dans le cadre de laquelle on se dit: "Chacun se débrouille et les vaches seront

bien gardées." Le fédéralisme implique aussi une participation et, en particulier, la notion de solidarité. Le fédéralisme, c'est la solidarité entre cantons, mais aussi entre les cantons et la Confédération.

C'est la raison pour laquelle ce projet nous semble tout à fait conforme au fédéralisme, en tout cas moins discutable sur le plan du fédéralisme que d'autres projets dans lesquels nous intervenons, ou nous interviendrions, avec de bonnes raisons de le faire, dans les compétences des cantons.

Monsieur Eder, vous avez rappelé l'importance d'une meilleure conciliation entre vie professionnelle et vie familiale. Nous sommes d'accord sur ce point. Mais vous avez dit qu'il ne fallait pas agir dans ce domaine, parce que cela relevait de la compétence des cantons. Vous avez dit que l'alternative était le projet fiscal du Conseil fédéral visant à augmenter les déductions possibles pour frais de garde.

Le Conseil fédéral vous dit deux choses à ce stade: la première, c'est que ces deux projets – le projet fiscal et les 100 millions de francs dont il est question ici – font partie de l'initiative visant à combattre la pénurie de personnel qualifié. La seconde chose, c'est qu'il est difficile de reprocher au présent projet, qui vise à soutenir les efforts des cantons dans les domaines où ils le souhaitent, d'aller à l'encontre du fédéralisme, tout en soutenant l'augmentation des déductions fiscales, projet pour lequel, si nous souhaitons le réaliser – et le Conseil fédéral le souhaite –, nous devrions agir assez fortement dans le domaine primaire de compétences des cantons, et pas dans n'importe quel domaine, mais dans celui de la compétence fiscale des cantons, puisque le projet mis en consultation par le Conseil fédéral prévoit, dans le domaine de la fiscalité, l'obligation pour les cantons d'augmenter au minimum à 10 000 francs la déduction pour frais de garde par année.

Nous souhaitons le faire, c'est vrai. Nous souhaitons mener la discussion avec les cantons jusqu'à son terme, et nous avons besoin de ces deux éléments si nous souhaitons vraiment améliorer la conciliation entre la vie professionnelle et la vie familiale, parce que ces deux outils ont des effets d'incitation économique qui sont différents en fonction des personnes dont on parle. Comme nous le savons, l'augmentation des déductions fiscales crée une incitation économique plutôt sur les familles qui ont quelques moyens, qui sont assez aisées, tandis que la diminution des frais de garde, de crèche ou des coûts des mamans de jour crée plutôt une incitation pour les personnes et les familles qui ont des revenus moyens ou plus faibles.

C'est dans cet esprit que ces deux projets nous paraissent devoir être menés de concert et qu'il ne faut exclure ni l'un ni l'autre.

C'est d'ailleurs une vision des choses qui est partagée par les cantons. En tout cas, on connaît l'avis des cantons sur le projet qui prévoit d'allouer 100 millions de francs. Il y en a 18 qui ont soutenu expressément ce projet, ce qui a fait l'objet des positions officielles des conférences intercantonales concernées. Vous me direz que les cantons sont tout contents dès qu'on leur promet plus d'argent. Cela va au-delà, Monsieur Noser. J'aimerais rappeler ici la solidarité confédérale sur une question essentielle pour notre économie et nos entreprises à l'horizon 2020 ou 2025.

Oui, c'est une compétence primaire des cantons. Mais nous ne pouvons pas rester spectateurs et faire comme si cela ne nous intéressait pas. Le Conseil fédéral pense qu'il est utile de soutenir les efforts des cantons pour manifester notre solidarité avec eux sur ces questions.

Il a aussi été rappelé dans ce débat, et c'est peut-être là le cœur de l'opposition entre la majorité de la commission et le Conseil fédéral, qu'il fallait que la Confédération se concentre sur ses compétences clés, sur ses "Kernaufgaben". Dans le même paragraphe, si je peux m'exprimer ainsi, on a cru comprendre qu'il y avait peut-être une opposition entre la politique de la formation et la politique familiale. Cela, je dois vous le dire, est impossible parce que cela signifierait alors que l'on investirait plus pour la formation, ce qui est vrai, pour former plus de gens, notamment beaucoup de femmes, mais d'hommes aussi, qui souhaiteront peut-être un jour avoir une famille, des enfants, mais qu'ensuite on ne leur donnerait

pas les possibilités d'être effectivement actifs professionnellement dans les meilleures conditions. C'est un élément à prendre en compte au moment de décider.

Les cantons, je l'ai dit, sont favorables puisque 18 d'entre eux ont soutenu cette démarche. Votre Commission des finances, qui a pris position sur le projet, a été très critique à l'égard de l'un de ces deux points et moins au sujet de l'autre. Mais, si je l'ai bien comprise, elle propose, elle aussi, d'entrer en matière, tout comme ces 18 cantons. Le Conseil fédéral souhaite également entrer en matière, ainsi qu'une minorité de votre commission. Cela nous paraît suffisant pour qu'une discussion approfondie par article ait lieu. On verra bien ce qu'il en ressortira. Si, à la fin, vous deviez rejeter ce projet, rejetez-le! Mais parlons-en d'abord, car il est indiscutable qu'il s'agit d'un élément clé de notre avenir commun, non seulement de l'avenir des cantons, mais encore de l'avenir des communes et de la Confédération.

Par cette argumentation, je vous invite donc à entrer en matière sur ce projet pour qu'une discussion puisse avoir lieu.

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Wir stimmen über den Antrag der Minderheit Seydoux auf Eintreten auf die Vorschläge 1 und 2 ab. Es erfolgt eine separate Abstimmung.

1. Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

1. Loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extrafamilial pour enfants

Abstimmung – Vote

Für Eintreten ... 24 Stimmen

Dagegen ... 19 Stimmen

(1 Enthaltung)

2. Bundesbeschluss über Finanzhilfen für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung und für Projekte zur besseren Abstimmung des familienergänzenden Betreuungsangebotes auf die Bedürfnisse der Eltern

2. Arrêté fédéral concernant les aides financières à l'augmentation des subventions cantonales et communales à l'accueil extrafamilial pour enfants et aux projets visant une meilleure adéquation de l'offre d'accueil extrafamilial aux besoins des parents

Abstimmung – Vote

Für Eintreten ... 24 Stimmen

Dagegen ... 19 Stimmen

(1 Enthaltung)

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Damit geht das Geschäft zurück an die vorberatende Kommission.

Gleichzeitig nehmen wir Kenntnis von der Petition 14.2036, "Honorierung von Unternehmen, die eine Familienpolitik unterstützen", der Jugendsession 2014.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich darf Sie im Namen der Standeskommission, also der Regierung des Kantons Appenzell Innerrhoden, zum Apéro einladen. Es würde mich freuen, wenn alle daran teilnehmen. Herr Bundesrat Berset, Sie sind selbstverständlich ebenfalls herzlich eingeladen.

*Schluss der Sitzung um 19.00 Uhr
La séance est levée à 19 h 00*